
Währungspolitik und Wirtschaftswachstum in Westdeutschland (1948–2000)

Toni Pierenkemper

Vorbemerkungen zur deutschen Ausgabe

Es erscheint schon einigermaßen bemerkenswert, dass ein emeritierter deutscher Professor der Wirtschaftsgeschichte an einem Buch in chinesischer Sprache mitwirken konnte, das in China von der dortigen Business Week zum Buch des Jahres gekürt wurde. Zwar hat jedes Buch seine eigene Geschichte, doch dieses Buch scheint mir eine ganz besondere Geschichte zu haben, die von den Herausgebern in angemessener Weise gewürdigt wurde. Was nun meine Beteiligung an dem faszinierenden Projekt anbetrifft, möchte ich meinem einführenden Beitrag einige persönliche Bemerkungen voranstellen.

Ich verdanke meine Mitarbeit der persönlichen Bekanntschaft mit Peter Jungen, den ich während meiner Tätigkeit als Hochschullehrer an der Universität zu Köln kennen gelernt habe. Durch das von mir geleitete Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln, das damals noch wesentlich durch die Industrie und Handelskammer Köln gefördert wurde, kam ich auf den alljährlichen Neujahrsempfängen mit zahlreichen führenden Unternehmern der Stadt und der Region in Kontakt. Dazu zählte auch Peter Jungen, mit dem ich bei einem der folgenden Diners gemeinsam an einen Tisch platziert wurde. Wir kamen in ein sehr intensives Gespräch, an das er sich wohl erinnerte, als er im Jahr 2011, durch die Rezension meines neuen Buches in der FAZ im August 2010 in Erinnerung gebracht, mit dem von Min Zhu anschaulich geschilderten Projekt über Lehren aus der jüngeren deutschen Wirtschaftsgeschichte schwanger ging. Er rief mich daraufhin an und nach mehreren Gesprächen kamen wir überein, dass ich ihm eine Auswahl von etwa 15 bis 20 Beiträgen zum Thema Währung und Wirtschaft in Deutschland in der Nachkriegszeit liefern solle, um daraus ein chinesisches Buch zu machen.

T. Pierenkemper (✉)
Köln, Deutschland
E-Mail: pierenkemper@wiso.uni-koeln.de

Ich muss gestehen, dass ich damals noch sehr skeptisch hinsichtlich der Realisierungschancen des Projektes war, zumal ein ungeheurer Zeitdruck bestand, denn die Beiträge sollten bereits bis zum 1. April des Jahres vorliegen und ein Jahr später der chinesische Band erscheinen. Da ich im März 2010 die Universität zu Köln verlassen hatte, verfügte ich damals über keinerlei Assistenz mehr, so dass mir Peter Jungen kurzfristig Mittel zur Beschäftigung einer studentischen Hilfskraft zur Verfügung stellte und ich diese Person in der Master-Studentin Christin Schulze-Bisping von der Universität Münster fand. Damit konnte die Arbeit beginnen.

Zur inhaltlichen Orientierung aller am Projekt Beteiligten verfasste ich ein kurzes Paper, das nunmehr im Band als Einleitung Abdruck findet und das auch einer kleinen Konferenz am 4. November in Berlin als Vorlage diente. Dort traf ich erstmals auch Frau Hong Zhou, die die Durchführung des Projektes in China energisch vorantrieb und wo ein enger Zeitplan für die Realisierung vereinbart wurde. Schließlich einigten wir uns auf vierzehn separate Beiträge, die im Band zum Abdruck kommen sollten. Als Termin der Präsentation des chinesischen Buchs wurde der 17. März 2012 ins Auge gefasst, ein Termin der mir seinerzeit in Kenntnis der Arbeitsweisen im deutschen Verlagswesen als völlig unrealistisch erschien. Doch ich sollte mich täuschen und die Effizienz der chinesischen Partner völlig unterschätzen.

Am 17. März 2012 konnte ich in Peking tatsächlich an einer großen Konferenz zur Präsentation des Buches teilnehmen und war bereits damals tief beeindruckt von der gewaltigen Resonanz, die das Buch schon bei seinem Erscheinen erzielte. Umso mehr freut es mich, dass nunmehr eine deutsche Ausgabe des Buches vorliegt und dass auch die zuerst zögerliche Bundesbank mit ins Boot gekommen ist. Mein Dank gilt vor allem Peter Jungen, der mir die Möglichkeit eröffnete zu zeigen, dass eine wirtschaftshistorische Perspektive auch von hohem Nutzen für aktuelle Fragestellungen sein kann. Zugleich konnte ich in einem kurzen Vortrag in Peking mögliche weitere Beispiele für das Lernen aus der Geschichte aufzeigen, die noch der Realisierung harren.

1 Einleitung

Die westdeutsche Wirtschaft hatte sich in den 1950er Jahren in ein internationales System einzupassen, das seit Mitte der vierziger Jahre von den US-Amerikanern geschaffen worden war und das zunehmend durch Multilateralität und Liberalität geprägt wurde.¹ Diese Entwicklung hatte bereits 1944 in Bretton Woods ihren Anfang genommen und wurde trotz aller Widerstände, insbesondere der europäischen Partner, stetig weiter ausgebaut. Den Kern dieses Außenwirtschaftssystems bildete eine liberale Währungs- und Handelsordnung, in der feste, an den US-Dollar gebundene Wechselkurse die entscheidende Rolle spielten.

¹ Vgl. Buchheim (1990), S. 109–170.

In der Zwischenkriegszeit war nämlich deutlich geworden, dass das Fehlen einer umfassenden Weltwirtschaftsordnung ganz wesentlich zur Desintegration der internationalen Wirtschaft und zum Niedergang der einzelnen Volkswirtschaften beigetragen hatte. Und dieser Fehler sollte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unbedingt vermieden werden.²

2 Das Welthandelssystem in der Nachkriegszeit

Nach 1945 übernahmen daher die USA kraftvoll die Führung und ließen eine Diskussion über das Pro und Contra des Freihandels gar nicht erst zu. Dieser wurde den Alliierten, den Neutralen und auch den besiegten Staaten in Europa und Asien mit mehr oder weniger sanftem Druck aufgezwungen. Es galt lediglich noch eine geeignete Finanzarchitektur zu entwerfen, die einen freien Welthandel ermöglichen und unterstützen sollte. Da sich in den dreißiger Jahren vor allem gezeigt hatte, dass die Wechselkurspolitik über einen Abwertungswettlauf (*Beggar your Neighbour Policy*) zum Instrument der Handelspolitik gemacht worden war, galt es nun einen Mechanismus zu finden, der Wechselkursmanipulationen einzelner Länder weitgehend ausschloss. Man suchte also ein System, das die Wechselkurse miteinander verknüpfte und stabil hielt (feste Wechselkurse) und den internationalen Devisenverkehr relativ frei ließ (Konvertibilität).³

Anerkannt wurde dabei, dass alle Währungen innerhalb des Systems als gleichberechtigt zu behandeln seien und dass für kurzfristige Ungleichgewichte zwischen Währungen ein Reservefond zu schaffen sei, der temporäre Kreditfazilitäten schuf, um den Abbau von Ungleichgewichten zu unterstützen. Dies waren die von den USA forcierten Grundüberzeugungen, die in Bretton Woods in ein Übereinkommen gegossen werden sollten. Über die Umsetzung des Vorhabens in praktische Regeln gab es unter den beteiligten Nationen allerdings unterschiedliche Auffassungen.

Bereits im September 1939 hatte John Maynard Keynes dem amerikanischen Präsidenten ein erstes Memorandum zur Gestaltung der Weltwirtschaft nach dem Krieg zukommen lassen. 1941 präzierte er seine Vorstellungen und schlug vor (so genannter Keynes-Plan) eine internationale Bank (*Clearing Union*) mit einem internationalen Kunstgeld (*Bancor*) zu schaffen. Diese Bank sollte bei Zahlungsungleichgewichten zwischen internationalen Handelspartnern bereitstehen und entsprechende Anpassungen erleichtern. Kapitalbewegungen hingegen sollten weiterhin streng kontrolliert bleiben, um Kapitalflucht und deren Wirkungen auf die Wechselkurse auszuschließen. 1943 wurden diese Empfehlungen Keynes' zur offiziellen britischen Position für die Verhandlungen in Bretton Woods.

² Clavin (1991), S. 489–527, berichtet von einem letztmaligen Versuch im überkommenem System zu einer Lösung zu gelangen. Seit den Konferenzen von Genua (1922 und 1927) war die mehrfach versucht worden, vgl. dazu Kindleberger (1973), S. 79–83, und zur Konferenz von 1922 knapp Gall (2009), S. 234–241.

³ Umfassend dazu James (1997), insb. S. 44–66.

Harry Dexter White, ein Mitarbeiter des US-Finanzministeriums, entwarf ebenfalls einen Plan für einen internationalen Mechanismus der Wirtschafts- und Finanzordnung der Nachkriegszeit, der stärker die amerikanischen Interessen berücksichtigte. Dieser so genannte White-Plan sah vor, dass ein internationaler Stabilisierungsfonds zur Kontrolle der nationalen Währungen geschaffen werden sollte. Die Wechselkurse zwischen den Währungen sollten fixiert sein und nur mit Zustimmung des Fonds verändert werden können. Parallel zu diesem Arrangement sollten die bestehenden internationalen Handelshemmnisse abgebaut werden.

Mit diesen beiden Plänen trafen zwei unterschiedliche Auffassungen aufeinander: auf der einen Seite wurde für eine strikte Regulierung durch einen zentralen Fonds, auf der anderen für flexible Bankenpolitik plädiert. Insbesondere die Amerikaner fürchteten eine liberale Bankenpolitik würde zu einem starken Zufluss von Bancors in die USA führen, weil der US-Dollar an das Gold gebunden und sehr begehrt sein werde. Damit würde die Geldmenge entsprechend aufgebläht werden und einen unerwünschten latenten Inflationsdruck erzeugen. Die Verhandlungen in Bretton Woods erzielten dann einen Kompromiss zwischen diesen Positionen, weil beide grundsätzlich darin übereinstimmten, ein möglichst liberales Handels- und Währungssystem zu etablieren. Das Übereinkommen zwischen den 45 beteiligten Staaten, das vom 3. bis zum 22. Juli 1944 ausgehandelt wurde, bestand aus folgenden Elementen: erstens der Einrichtung eines zentralen Reservefonds (International Monetary Fund IMF/IWF) mit Quoten als Einlagen gemäß der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten, die mit 25 % der Quote in Gold und 75 % in Eigenwährung zu hinterlegen waren; zweitens wurden die Paritäten zwischen den einzelnen Währungen festgelegt (Fixkursystem), wobei die Wechselkurse zwischen den Währungen nur in einer engen Bandbreite schwanken (\pm ein Prozent) durften. Drittens sollte eine Änderung der Paritäten nur bei fundamentalen Ungleichgewichten möglich werden, aber auch dann waren lediglich Änderungen bis maximal zehn Prozent vorgesehen. Bei darüber hinausgehenden Veränderungen gab es eine Einspruchsmöglichkeit des Fonds. Viertens begrenzte eine „Valutaknappheitsklausel“ die Zuschusspflicht knapper Währungen (galt als Schutz des US-Dollars), und bei gravierender Knappheit waren darüber hinaus Verkehrsbegrenzungen möglich. Schließlich wurde fünftens der Abbau von Restriktionen im Devisenverkehr als zukünftige Aufgabe formuliert, um internationale Geschäfte zu erleichtern.

Dieses System prägte für einige Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg die Weltwirtschaft. Der Währungsfond wurde ergänzt durch eine internationale Bank, die Weltbank, mit deren Hilfe langfristige Investitionsvorhaben finanziert werden sollten. Die „Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“, wie die Weltbank ursprünglich hieß, wurde mit zehn Milliarden US-Dollar ausgestattet, von denen 20 % sofort eingezahlt werden mussten.

Neben Weltbank und Weltwährungsfond sollte als dritte Säule des Außenwirtschafts-systems auch eine Welthandelsorganisation geschaffen werden.⁴ Diese von der amerikani-

⁴ Lindlar (1997), S. 166–169.

schen Regierung im Dezember 1945 gestartete Initiative zur Gründung der „International Trade Organization“ (ITO), die sich dem Abbau der Handelshemmnisse widmen sollte, scheiterte jedoch. Offenbar war eine historische Chance, wie sie im Sommer 1944 in Bretton Woods gegeben war, schon wieder verstrichen. Die Havanna Charta und das „General Agreement on Tariffs and Trade“ (GATT) traten später an deren Stelle, so dass im Oktober 1947 in Genf endlich Verhandlungen über den Abbau von Handelsrestriktionen, an denen 23 Länder beteiligt waren, zu ersten Ergebnissen führten, die dann in mehreren Schritten zu einem wesentlichen Abbau der Zollschränken führten.

Zunächst auch noch ohne eine Welthandelsorganisation bildete das System von Bretton Woods einen „Triumph“⁵ für eine Neuordnung der Weltwirtschaft, in dem erstmals ein dauerhaftes rechtliches und institutionelles Rahmenwerk zur Sicherung zwischenstaatlicher ökonomischer Kooperation geschaffen wurde. Doch dieser Erfolg war durchaus nicht von Anfang an gesichert. Die Beteiligten mussten sich an die vereinbarten Regeln halten und das System hatte sich in der Praxis zu bewähren.

Einen Geburtsfehler hatte das System von Bretton Woods allerdings aber von Beginn an. Die sozialistischen Länder, die „Zweite Welt“ blieben diesem Abkommen fern. Das war nicht so geplant, denn der UdSSR war ursprünglich eine tragende Rolle im System zugeacht. Sie sollte nach den USA und Großbritannien (1,3 Mrd. US-Dollar) mit 1,2 Mrd. US-Dollar die drittgrößte Quote im Fond erhalten und war neben China auch als Mitglied des Exekutionsrats des IWF vorgesehen, eine Zusammensetzung, die dem UN-Sicherheitsrat mit seinen fünf ständigen Mitgliedern entsprach. Die sozialistischen Länder schufen jedoch mit dem COMECON (später: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, RWG) bald eine eigene Außenwirtschaftsorganisation, die sich der Förderung des Handels zwischen den sozialistischen Staaten widmen sollte.

Auch die Vorstellung, die Währungen aller Mitgliedsländer des IWF gleichbehandeln zu können, erwies sich als Illusion. In der Praxis bildete sich eine überragende Rolle des US-Dollars als Reservemedium heraus. Das System von Bretton Woods wurde somit zu einem System des „Dollarstandards“. Das führte international zu währungspolitischen Problemen, weil verschiedene Länder sich in unterschiedlicher Weise gegenüber der Hegemonie der USA verhielten. Großbritannien versuchte das Pfund-Sterling gegen den US-Dollar als zweites Reservemedium zu verteidigen, musste sich daher wegen der Schwäche dieser Währung einer zu weitgehenden Liberalisierung des Währungssystems entgegenstellen. Frankreich sah sich wegen der schwachen Frankenwährung von den Ressourcen des Fonds ausgeschlossen und hielt, entgegen der ursprünglichen Vereinbarung, einen gespaltenen Wechselkurs bei. Deutschland hingegen unterstützte die Liberalisierungspolitik der USA und profitierte wegen der starken Währung von der Hegemonie der USA.

In der Währungspolitik der Nachkriegsjahre zeigten sich daher die Stärken und Schwächen der nationalen Währungen sehr deutlich. Der Versuch der britischen Regierung, im Sommer 1946 zur Konvertibilität des Pfundes zurückzukehren, erwies sich als ein Fehl-

⁵ James (1997), S. 63. Marglin/Schor (1990) bewerten das System von Bretton Woods als das erfolgreichste internationale monetäre System, das die Welt je gesehen hat.

schlag. Ein massiver Abfluss der britischen Reserven erzwang die Wiedereinführung von Devisenkontrollen. Die „Dollarlücke“ der Nachkriegszeit blieb allüberall spürbar und die USA initiierten verschiedene europäische Initiativen zur Lösung dieses Problems.

So stellte das ERP-Programm (Marshall-Plan) zusätzliche Mittel zur Verfügung, um den europäischen Devisenhunger zu stillen und Zahlungsbilanzungleichgewichte zu vermeiden, darüber hinaus koordinierte die „Organization of European Economic Cooperation“ später in „Organization of Economic Cooperation and Development“ (OEEC/OECD) umbenannt und international erweitert, zunächst die wirtschaftliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten untereinander und die Europäische Zahlungsunion (EZU) sollte vorerst dazu beitragen innereuropäische Zahlungsbilanzungleichgewichte auszugleichen⁶. Und in der Tat entfalteten alle diese Maßnahmen ihre segensreichen Wirkungen für den Wiederaufbau Europas und für eine Handelsliberalisierung weltweit.

Bereits 1949 kam es allerdings zu einer ersten größeren Revision der Wechselkurse der europäischen Staaten gegenüber dem Dollar. Eine Reihe von Abwertungen wurde vorgenommen, so machte Großbritannien am 19. September 1949 den Anfang und wertete das Pfund um 30 % ab. Es folgten bald die skandinavischen Staaten und werteten ebenfalls um 30 % ab, Frankreich um 22 %, Deutschland immerhin auch noch um 20 %, Belgien und Portugal lediglich um 13 %. Die europäischen Staaten erwiesen sich wirtschaftlich als noch zu schwach, um den Anforderungen des Bretton Woods-Systems entsprechen zu können.

Für Deutschland änderte sich die Lage allerdings bald und die Währung geriet, wegen der Exporterfolge der deutschen Wirtschaft, bald unter stetigen Aufwertungsdruck.⁷ Nachdem die Liquiditätskrise der deutschen Wirtschaft 1950 durch einen Kredit der EZU überwunden worden war, verbesserte sich die Reserveposition der Bundesrepublik nachhaltig. Die Devisenüberschüsse stiegen deutlich an und setzten das Land in die Lage, 1952 auch dem IWF beizutreten. In Europa wurde die Bundesrepublik auf der Basis ihrer starken Währung zu einem Pionier der Liberalisierung. Sie war immer mit dabei, wenn es um entsprechende Projekte ging, so 1957 im IWF bei der Aufhebung von Importquoten und 1958 bei der Gründung der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG), die sich der Liberalisierung des Außenhandels, mit Ausnahme dem für Agrarprodukte, verschrieb.

Insgesamt sind also die „goldenen Jahre der Nachkriegsprosperität“ nicht zuletzt auch dem System von Bretton Woods geschuldet. Dieses System bildet, nicht nur nach Harold James, das erfolgreichste internationale monetäre System, das die Welt je gesehen hatte. Und der Erfolg dieses monetären Systems ermöglichte zugleich Fortschritte in der Handelspolitik, wo die Beseitigung von Importquoten und die Herabsetzung der Tarife zu einer beispiellosen Expansion des internationalen Handels beitrugen.

⁶ Hentschel (1989), S. 715–758.

⁷ Emminger (1986), S. 47–73.

2.1 Deutschland in der Weltwirtschaft

Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war ein großer Teil des gewachsenen Wohlstandes in Deutschland einer starken Exportwirtschaft zu verdanken. „Made in Germany“ hatte sich auf den Weltmärkten durchgesetzt und die Exportquote betrug 1910/13 bereits 17,5%. In der Zwischenkriegszeit wurde daher die deutsche Wirtschaft durch die Desintegration der Weltwirtschaft besonders hart getroffen und die Exportquote Deutschlands sank entsprechend von 14,9% (1925/29) über 12,0% (1930/1934) auf nur noch 6,0% (1935/1938). Auch in der Nachkriegszeit spielte der Export für die deutsche Wirtschaft zunächst nur eine geringe Rolle (1950: Exportquote 0,9%). Erst allmählich, im Zuge des „Wirtschaftswunders“, wuchs die deutsche Exportwirtschaft wieder stark an und erreicht am Ende des Jahrhunderts mit ca. 30% einen weltweit einzigartigen Höchststand des „Exportweltmeisters“.⁸ In diesem Zeitraum bildete die Exportwirtschaft auch international eine Konjunktur- und Wachstumslokomotive. Auch die weltweiten Exporte, d. h. das Welthandelsvolumen, stiegen weitaus schneller als die Produktion.

Und das galt insbesondere für die OECD Staaten, deren Welthandelsanteile stetig zwischen 65 und 75% pendelten. Während die USA im Welthandel an Bedeutung verloren (von 40% 1947 auf ca. 20% 1993) und in Japan und China in Fernost allmählich ein neuer Konkurrent heranwuchs. Innerhalb Westeuropas war es vor allem die Bundesrepublik Deutschland, die ihren Anteil am Welthandel deutlich steigern konnte. Seit den 1960er Jahren hat sie ihre europäischen Konkurrenten (Großbritannien, Frankreich, Italien) deutlich überflügeln können und sich einen Anteil am Welthandel von regelmäßig mehr als zehn Prozent sichern können. Gegenüber den USA hat die Bundesrepublik den Abstand im Exportvolumen deutlich vermindern und gegenüber Japan behaupten können.⁹

2.2 Wachsende Exporte

Insbesondere mit der Gründung der EWG (1958) wurde ein gewaltiger Schritt zur Integration der westeuropäischen Staaten und zur Expansion des innereuropäischen Warenaustausches getan. Deutschland profitierte davon in besonderer Weise und vermochte seine Exporte im europäischen Binnenmarkt von 1958 bis 1971 anteilmäßig von 27% auf 40% zu steigern.¹⁰ 1972, nach Erweiterung der EWG, belief sich dieser Anteil sogar auf 50%. Für die deutsche Wirtschaft ergab sich daraus die Situation steigender Überschüsse der Exporte über die zwar ebenfalls, aber nicht ganz so dynamisch steigenden Importe.¹¹ Der Aufbau von Exportüberschüssen in Form wachsender Forderungen gegenüber dem

⁸ Abelshäuser (2004), S. 219.

⁹ Lindlar (1997), S. 247.

¹⁰ Eine wesentlich skeptischere Einschätzung der Wirkungen der europäischen Integration für die deutsche Volkswirtschaft findet sich bei Giersch/Paqué/Schmieding (1992), S. 116–124, 166–172.

¹¹ Deutscher Bundestag (2002), S. 54.

Ausland war zunächst im Hinblick auf die Stärkung der eigenen Währung hoch willkommen, führte aber langfristig zu Verwerfungen im internationalen Währungssystem, weil die Überschüsse Deutschlands andernorts zwangsläufig Defizite entstehen ließen und Währungen schwächen konnten.

Ein Blick auf die regionale Verteilung des deutschen Exports zeigt, anders als in der Vorkriegsepoche, wo der Schwerpunkt in Osteuropa lag: eine Verlagerung der Handelsströme von Deutschland nach 1945 nach Westen und Übersee.¹² Auch die Struktur der Exporte nach Warengruppen hatte sich deutlich verändert. Produkte der Landwirtschaft und des Bergbaus (primärer Sektor) haben an Bedeutung eher verloren und dieser exportierte am Ende sogar relativ weniger als auf seinem Höhepunkt (1984), während für die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft der Export eine immer größere Bedeutung gewann. Der Verarbeitungsgrad der deutschen Exportgüter wuchs also stetig, nicht mehr Nahrungsmittel und Rohstoffe (Kohle) bestimmten die Ausfuhr, sondern hochwertige Produkte der chemischen Industrie, der Eisen- und Stahlindustrie, des Maschinen- und Fahrzeugbaus und der Elektrotechnik.

Diese Entwicklung bedingte natürlich eine wachsende Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Außenhandel. Etwa 20 % aller Beschäftigten in Deutschland waren direkt oder indirekt vom Gedeihen des Exports abhängig. Dieser Anteil ist bis zur Mitte der achtziger Jahre sogar auf einen Höchststand von knapp 30 % angestiegen und seitdem, nicht zuletzt auch wegen der Rationalisierungsmaßnahmen in der Exportwirtschaft, auf ca. 20 % wieder gesunken. Deutschland bleibt aber weiterhin auf einen liberalen und prosperierenden Welthandel angewiesen.¹³

Wie schon angedeutet, haben die wachsenden Exportüberschüsse zum Ausbau einer komfortablen Reserveposition der deutschen Währung beigetragen. Zeigte sich die Bundesrepublik bis in die fünfziger Jahre noch als Schuldnerland, so kehrte sich die Situation danach um.¹⁴ Bereits bis 1960 konnten mehr als 20 Mrd. Nettoforderungen gegenüber dem Ausland aufgebaut werden und der Bestand an Forderungen stieg stetig weiter an und erreichte 1990 mit mehr als einer halben Billion DM einen ersten Höhepunkt.¹⁵ Dass dies nicht überall auf der Welt der Fall war, zeigt der Vergleich mit den USA, die den umgekehrten Weg von einem Gläubiger- zu einem Schuldnerland gingen. Japan hingegen konnten noch stärker an Deutschland Auslandsvermögen bilden und gegenwärtig befindet sich vor allem China in einer ähnlichen Position.

¹² Lindlar (1997), S. 135.

¹³ Abelshauer (2004), S. 265.

¹⁴ Diese Situation erleichterte entscheidend auch die Regulierung der deutschen Vorkriegsschulden im Londoner Schuldenabkommen von 1953. Vgl. Abs (1991).

¹⁵ Frenkel/Goldstein (1998), S. 737.

2.3 Ursachen des Exportbooms

Die Liberalisierung der Weltwirtschaft nach 1945 gilt als eine der wichtigsten Ursachen für die Nachkriegsprosperität. Ludger Lindlar vertritt die These, dass es vor allem das weltweite Wachstum war, das den deutschen Export strukturell bevorteilte und zu dessen Expansion entscheidend beitrug. Er lehnt sowohl die These eines Lohnkostenvorteils der deutschen Wirtschaft ab wie auch die, dass die Entwicklung der Wechselkurse die deutsche Exportwirtschaft tendenziell begünstigt hätte. Denn die relativen Lohnstückkosten haben seit den siebziger Jahren sogar ständig über denen der Konkurrenzländer gelegen und auch die Wechselkurse haben sich gegenüber den Konkurrenzwährungen seit den siebziger Jahren stetig erhöht.

Lindlar schlussfolgert daraus: „Die Deutung des westdeutschen Exportbooms der 50er Jahre als reines oder zumindest überwiegendes Angebotsphänomen ist empirisch un schlüssig. Preisliche Wettbewerbsfaktoren hatten nur eine untergeordnete Bedeutung für die starke Zunahme der westdeutschen Welthandelsanteile. Die Ergebnisse (...) widersprechen insbesondere der These, der Exporterfolg der westdeutschen Wirtschaft könne in bedeutendem Umfang auf eine günstige Entwicklung der Lohnstückkosten und Exportpreise zurückgeführt werden. Erstens blieben von 1950 bis 1969 die Lohnstückkosten, relativ zu den Konkurrenzländern, im Trend stabil, zweitens trifft dies noch ausgeprägter für die Exportpreise zu, woraus drittens folgt, dass eine mögliche Unterbewertung der D-Mark in den 50er Jahren keinen erheblichen Einfluss auf die starke Zunahme der westdeutschen Welthandelsanteile hatte. Die rasche Zunahme des Exports erklärt sich durch ein Zusammenwirken aus raschem Wirtschaftswachstum in den Hauptabnehmerländern, vor allem im kontinentalen Westeuropa, dem Abbau ihrer Handelshemmnisse und dem Übergewicht von Gütern mit hoher Einkommenselastizität der Nachfrage im westdeutschen Export. Die wichtigste Ursache für den westdeutschen Exportboom war somit das äußerst rasche Wachstum des Handels mit Industriegütern im kontinentalen Westeuropa; Westdeutschland befand sich strukturell in einer günstigen Ausgangslage, die Wachstumseffekte dieses Booms abzuschöpfen.“¹⁶

Der strukturelle Angebotsvorteil der deutschen Wirtschaft konnte allerdings nur deshalb genutzt werden, weil die tatsächlich gelungene Liberalisierung des internationalen Handels die internationalen Märkte für deutsche Produkte öffnete. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg existierten noch zahlreiche Beschränkungen im Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den Ländern. Doch die hegemoniale Führungsmacht USA sorgte für umfassende Deregulierungen und begründete eine Phase prosperierender Weltwirtschaft (Pax Americana). Bis dahin hatten bilaterale Abkommen (Handelsverträge) das Bild des internationalen Handels bestimmt. Darin waren in vielfältiger Weise wert- und mengenmäßige Beschränkungen sowie hohe Zolltarife und Devisenkontrollen u. ä. allgemein üblich gewesen.

¹⁶ Lindlar (1997), S. 283.

Angesichts der Inkonvertibilität der Währungen und einer allgemeinen Devisenknappheit (Dollarlücke) kam es nach 1945 daher zunächst nur zu einem sehr begrenzten Warenaustausch. Und da ein Versuch zur Etablierung einer internationalen Handelsorganisation (ITO) 1945 gescheitert war (s. oben) begann man 1947 in Genf mit internationalen Verhandlungen über Zollsenkungen und über den Abbau von Handelshemmnissen im Rahmen des GATT. Vier Kernprinzipien wurden dabei entwickelt, die die verschiedenen Verhandlungsrunden des GATT bis heute (Doha-Runde) prägen.

Erstens, das Prinzip des Freihandels, nach dem alle Zölle reduziert oder möglichst beseitigt werden sollten, zweitens, das Prinzip der Meistbegünstigung, nach der alle Verhandlungsteilnehmer an den Fortschritten beteiligt werden mussten, drittens, das Prinzip der Gegenseitigkeit, nach der die Einräumung einer Zollsenkung auch umgekehrt zu einer eigenen Zollsenkung führen musste und viertens schließlich, das Prinzip der Durchsichtigkeit, das verhindern sollte Mengenbeschränkungen und versteckte Protektion zu praktizieren. In bislang neun Verhandlungsrunden kam es dabei zu bemerkenswerten Fortschritten. Im Ergebnis war das Bemühen des GATT um eine allgemeine Zollsenkung äußerst erfolgreich. Praktisch wurde ein System allgemeiner Niedrigzölle vereinbart und die in der Zwischenkriegszeit und in den USA bereits zuvor betriebene Hochzollpolitik deutlich korrigiert und die Zölle auf ein historisch einmaliges geringes Niveau zurückgeführt.¹⁷

Dennoch blieb das System unvollkommen. Zum einen waren die sozialistischen Länder nicht am Abbau von Handelshemmnissen beteiligt, ein Umstand der sich 1990 durch den Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems allerdings erledigte, zum anderen weigerten sich viele Entwicklungsländer, den Abbau von Zöllen bei sich voranzutreiben (Schutzzölle). Als besonders gravierend erwies sich aber, dass die Handelsliberalisierung vor allem nur zwischen Industriestaaten im Hinblick auf ihre Industrieprodukte erfolgreich verlief. Bei den Agrarprodukten herrschten weiterhin protektionistische Tendenzen vor. Hier liegen gegenwärtig die Hauptschwierigkeiten der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde), weil weder die USA noch die EU freie Agrarmärkte akzeptieren wollen, weil damit die eigene Landwirtschaft der internationalen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert würde. Auch werden weiterhin nicht-tarifäre Handelshemmnisse in beachtlichem Umfang praktiziert (Qualitätserfordernisse u. a.), obwohl sie eigentlich verboten sind. Auch neue Probleme des internationalen Handels werden offenbar sichtbar, so z. B. Fragen des Umweltschutzes und der Klimapolitik oder auch Regeln für Dienstleistungsexporte, den Schutz geistigen Eigentums o. ä.

2.4 Gegenwartsprobleme: Globalisierung

Seit den siebziger Jahren haben sich die Bedingungen des internationalen Handels deutlich verändert. Einen Wendepunkt in der Entwicklung bildete der Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und die Einführung flexibler Wechselkurse. Zudem ist durch

¹⁷ Lindlar (1997), S. 167 f. zu den Ergebnissen.



<http://www.springer.com/978-3-658-02072-9>

Währungspolitik und Wirtschaftsentwicklung in
Nachkriegsdeutschland

Der Weg zu Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit

Jungen, P.; Zhu, M.; Zhou, H. (Hrsg.)

2013, XXXIII, 538 S. 38 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-02072-9